

DIE ZAHL

46,6

Prozent beträgt der Stimmrechtsanteil der italienischen Industriellenfamilie Agnelli beim Autokonzern Fiat Chrysler Automobiles (FCA) kurz vor der offiziellen Fusion morgen Sonntag. Hintergrund des Ausbaus der Anteile ist ein Aktionärsprogramm, das angesichts der Fusion vereinbart worden war. Demnach erhalten Fiat-Anleger, die ihre Aktien mehr als drei Jahre halten, pro Anteilsschein zwei Stimmrechte. Die Beteiligungsgesellschaft Exor um den Fiat-Verwaltungsratspräsidenten und Agnelli-Erben John Elkann habe diese Option für alle ihre 375 Millionen Aktien ziehen können, sagte ein Sprecher. Da ein Grossteil der übrigen Fiat-Aktionäre dazu nicht berechtigt war, konnte der Agnelli-Clan seinen Einfluss entsprechend ausbauen. FCA gibt am Montag

das Début an der New Yorker Börse. Der fusionierte Konzern wird den Hauptsitz von Turin nach London verlegen. (dpa)



Ems-Chemie übt Zurückhaltung

DOMAT/EMS. Der Kunststoffspezialist Ems-Chemie hat in den ersten neun Monaten des Jahres mit 1,49 Mrd. Fr. 3,4% mehr umgesetzt als in der Vorjahresperiode. Damit verlangsamte sich das Umsatzwachstum leicht. In der ersten Jahreshälfte hatte der Anstieg noch 4,8% betragen. Ems begründete dies mit der Weltkonjunktur, die sich deutlich verlangsamt habe. Von einer raschen Verbesserung des Umfelds geht Ems nicht aus und will daher Kosten und Investitionen «zurückhaltend» behandeln. Dennoch erwartet Ems für das Gesamtjahr einen leicht höheren Nettumsatz bei einem leicht überproportional steigenden Betriebsergebnis. (sda)

Helvetia hält nun über 96 Prozent an Nationale

ST. GALLEN. Dem Versicherer Helvetia sind im Rahmen des Übernahmeangebotes für die Nationale Suisse während der Nachfrist weitere Aktien angedient worden. Gemäss Mitteilung hält Helvetia nun knapp 96,3% an Nationale. Bereits nach Anlauf des ordentlichen Kaufangebots für Nationale-Aktien kam Helvetia auf über 81%, womit die Übernahme geglückt war. (sda)

Anzeige

Privatklinik
HOHENEGG
Burnout Depression Psychosomatik

«Ich habe meine Grenzen erreicht!»

Wir helfen Ihnen, das Burnout zu überwinden.

8706 Meilen am Zürichsee
Telefon +41 (0)44 925 12 12
www.hoheneegg.ch

Member of
The Swiss Leading Hospitals

Der Ölpreis im freien Fall

Trotz Kriegen in Ölförderländern und des Ebola-Ausbruchs in Westafrika zeigt der Ölpreis stetig abwärts. Was die Konsumenten freut, bringt die grossen Ölfirmen und Länder wie Iran und Russland in Schwierigkeiten.

CHRISTIAN MIHATSCH

Der Preis für ein Fass (159 Liter) der Nordsee-Ölsorte Brent ist am Donnerstag um über 3% auf noch 88,11 \$ gefallen. Seit Juni, als der Ölpreis bei über 115 \$ lag, hat er fast ein Viertel eingebüsst. Die Gründe für den Preisverfall liegen sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite. Zum einen reduzieren immer mehr Länder ihre Wachstumsprognosen. Zum anderen ist die Ölproduktion in vielen Ländern rekordhoch. Die USA haben im September 8,9 Mio. Fass pro Tag produziert, soviel wie zuletzt vor 28 Jahren. Russland produziert nahe seinem Rekord und auch viele Opec-Länder pumpen soviel Öl aus dem Boden, wie sie können. Die schlechten Nachrichten aus Ölförderländern haben keinen Einfluss auf den Preis, weder der Krieg in Irak und Syrien, noch das Chaos in Libyen, noch der Ebola-Ausbruch in Westafrika.

Saudi-Arabien drückt Preise

Hinzu kommt, dass Saudi-Arabien nicht bereit zu sein scheint, die Ölförderung zu drosseln. Im Gegenteil: Das Königreich hat erneut die Preise reduziert, um seinen Marktanteil zu verteidigen. Der «Economist» schreibt dazu: «Die meisten Opec-Länder befinden sich in einem Preiskrieg.» Aus Sicht Saudi-Arabiens hat ein niedriger Preis zwei Vorteile: Zum einen brauchen Iran und Russland einen Ölpreis von über 100 \$, um ihre Staatshaushalte auszugleichen. Und zum anderen sind die Förderkosten für US-Schieferöl deutlich höher als in Saudi-Arabien. Dort kostet es gerade mal 4 \$, ein Fass Öl zu produzieren.

Ölkonzerne in den roten Zahlen

Dramatische Folgen hat der niedrige Ölpreis derzeit für die sieben grossen Ölfirmen (Shell, BP, Exxon, Chevron, Total, Eni und Statoil). Gemäss Analysten der US-Bank Morgan Stanley haben sie letztes Jahr 55 Mrd. \$ Verlust gemacht, zum grössten Teil wegen grosszügiger Dividenden in Höhe von 53 Mrd. \$. Doch eine Reduktion dieser Dividendenzahlungen gilt als ausge-



Bild: dapd/Philipp Gülland

Den Heizöltank auffüllen zu lassen kann sich jetzt lohnen – der gesunkene Rohölpreis wirkt sich auch auf die Kosten für Heizöl aus.

Kein Heizöl-Preisschub im Herbst

BERN. Sinkende Heizkosten im Herbst: Von diesem seltenen Szenario können die Schweizer Hausbesitzer in diesem Jahr profitieren. Für einmal müssen sie zum Beginn der Heizsaison nicht mit explodierenden Heizölpreisen rechnen. Die seit Monaten fallenden Rohölpreise haben positive Auswirkungen auf alle Haushalte, die ihren Heizöltank auffüllen wollen. «Noch nie in diesem Jahr war der Heizölpreis so tief», sagt Francesca Romano, Sprecherin der Erdölvereinigung. Die sinkenden Rohölpreise seien spürbar.

Dass die Preise ausgerechnet zu Beginn der Heizsaison den Jahrestiefstand erreichen, sei aussergewöhnlich. In den vergangenen Jahren war der Heizölkauf für Konsumenten vor allem in den Frühjahrs- und Sommermonaten lukrativ: 2011 war der

August der günstigste Monat, 2012 der Juni, im vergangenen Jahr kamen Käufer im April am besten davon. Romano empfiehlt den Hausbesitzern denn auch, die Chance zu ergreifen und ihre Tanks aufzufüllen. «Natürlich kann man spekulieren, dass die Preise weiter fallen, doch das Risiko ist da, dass sie irgendwann wieder steigen.»

Neben dem Rohölpreis beeinflussen nämlich verschiedene andere Faktoren den Preis beim Heizöl, sagt Romano. Weil Rohöl in Dollar gehandelt wird, ist auch der Dollar-Franken-Wechselkurs ausschlaggebend. Der Dollar hat in den letzten Wochen deutlich zugelegt – von 89 auf bis zu 97 Rappen. Somit verteuert sich das Öl für Käufer ausserhalb der USA. Der Heizölpreis in der Schweiz wäre also noch tiefer, wenn der Dollar in den vergan-

gen Wochen nicht an Wert gewonnen hätte. «Der Dollar schenkt ein», sagt Romano. Auch die Frachtkosten seien gestiegen. Trotzdem hätten diese zwei Faktoren die sinkenden Ölpreise nicht kompensieren können.

Anders sieht es beim Benzin aus. Der Kauf an der Zapfsäule bleibt teuer, hier wirken die tieferen Rohölpreise kaum. Der Heizölpreis könne im Gegensatz zum Benzinpreis viel flexibler angepasst werden, sagt Romano. Grund dafür sei unter anderem die Mineralölsteuer. Diese beträgt je Liter unverleitetes Benzin 73,12 Rp. und bei Dieselöl 75,87 Rappen. Heizöl wird dagegen nur mit 0,3 Rp. pro Liter besteuert. Die Folge: Beim Heizöl bekommen die Konsumenten die Schwankungen bei den Rohölpreisen direkter zu spüren – momentan im positiven Sinn. (sda)

geschlossen. Beobachter gehen davon aus, dass die Ölfirmen eher ihre Investitionen drosseln und Unternehmensteile abtosten.

Grossprojekte in der Schweb

Gemäss der Beratungsfirma EY laufen Investitionsprojekte mit einem Volumen von 1100 Mrd. \$. Knapp die Hälfte davon lohnt sich nur, wenn der Ölpreis über 120 \$ liegt, schätzt die Beratungsfirma Douglas Westwood. Denn viele neue Projekte, etwa in der Arktis oder der Tiefsee, sind technisch anspruchsvoll und daher teuer. Aber nicht nur neue, sondern auch bestehende Anlagen stehen auf dem Prüfstand: Die Investitionsfirma Carlyle schätzt, dass die Ölkonzerne derzeit versuchen, Anlagen im Wert von 300 Mrd. \$ abzustossen. So werden die sieben Grossen immer kleiner: In den letzten zehn Jahren ist ihre Produktion (ohne Statoil) von 11,5 auf 9,5 Mio. Fass pro Tag gefallen.

Wirtschaft und IWF erneuern

An der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank steht dieses Wochenende die fragile Erholung der Weltwirtschaft im Zentrum.

WASHINGTON. Dass die Weltwirtschaft mehr Wachstum nötig hat, machte der Internationale Währungsfonds (IWF) mit seinem am Dienstag veröffentlichten Wirtschaftsausblick klar: Der Fonds musste seine Wachstumsprognose für die globale Konjunktur erneut senken. Grosse Schwierigkeiten sieht der internationale Kreditgeber unter anderem wegen politischen Krisen. Auch die Wirtschaft in der Eurozone macht dem Fonds Sorgen.

Investieren in Infrastruktur

Die Chefin des IWF, Christine Lagarde, ermutigte Staaten mit lahmender Konjunktur zu mehr Infrastrukturausgaben. «Das kann ein guter Weg sein, um kurzfristig das Wachstum zu unterstützen», sagte sie am Donnerstag. Aus Schweizer Sicht sind für einen globalen Wirtschaftsaufschwung neben Strukturreformen aber auch Haushaltedisziplin nötig. Die Schweizer Delegation wird laut Mitteilung des

Finanzdepartements (EFD) auch darauf hinweisen, dass trotz der expansiven Geldpolitik vieler Staaten Reformen vorangetrieben werden müssten.

Neben der wirtschaftlichen Lage werden auch die Reformen der beiden Organisationen selber zu reden geben, die sich hinziehen. Der Präsident der Weltbank, Jim Yong Kim, hat den Umrüst der Belegschaft auf sich gezogen. Mitarbeiter klagen, die Reformpläne für die Institution seien undurchsichtig. Die Re-

form der Schwesterorganisation der Weltbank, des IWF, wird durch den amerikanischen Kongress blockiert. Die USA haben als grösster Anteilseigner viermal so viel Stimmrecht wie etwa China, das wirtschaftlich zu den USA aufgeschlossen hat. Zudem besitzen die USA ein Vetorecht bei den Entscheidungen.

Bauchtanz angeboten

Die Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF) wurde bereits vor mehr als vier Jahren verabschiedet – doch die USA haben sie noch immer nicht ratifiziert. IWF-Chefin Lagarde versucht daher jetzt mit unkonventionellem persönlichem Einsatz, die republikanischen Abgeordneten umzustimmen. Sie versprach ihnen einen Bauchtanz, sollten sie der Reform endlich zustimmen. Sie werde die Hüften kreisen lassen, «in dem Moment, in dem sie es tun», sagte die 58jährige Französin am Rande der Tagung. (afp/sda)



Bild: epa

Christine Lagarde
IWF-Direktorin

Amazon: Ladengerüchte und Prozess wegen Arbeitszeiten

NEW YORK. Den Online-Versandhändler Amazon zieht es laut einem Zeitungsbericht unter die stationären Händler. Der US-Konzern wolle ein Geschäft in New York eröffnen, schrieb das «Wall Street Journal». In dem Laden in der Nähe vom Empire State Building sollen Kunden unter anderem online bestellte Waren abholen und nicht mehr erwünschte Artikel zurückgeben können, hiess es unter Berufung auf informierte Kreise.

Derweil beschäftigt Amazons Personalpolitik den Obersten Gerichtshof der USA. Konkret geht es darum, ob die Wartezeiten bei der Sicherheitskontrolle nach Arbeitsschluss zu bezahlender Arbeitszeit sind. Da es sich um eine Grundsatzentscheidung über das «Tür-zu-Tür-Gesetz» handelt, befasst sich der Supreme Court damit. Das Gesetz gilt seit 1947. Es sieht vor, dass Arbeitgeber ihre Angestellten nur von Arbeitsbeginn bis Arbeitsschluss bezahlen müssen, es sei denn, sie werden zusätz-

lich zu Erledigungen herangezogen, die «Hauptbestandteil» ihrer Arbeit sind. Die Kläger halten die erzwungene Warterei vor der Diebstahlskontrolle am Ausgang für so einen Bestandteil der Arbeitszeit. Das Unternehmen soll gemäss Klage die durchschnittlich 25 Minuten dauernde Wartezeit an der Ausgangskontrolle vom Drücken der Stempeluhr bis zum Passieren der Sicherheits-schleuse mit Metalldetektoren seiner Arbeitszeit zurechnen und bezahlen.

Sollte es zu Prozessen um die Entschädigung an die Arbeitnehmer kommen, kann das Amazon und andere Firmen mit ähnlichen Kontrollen Hunderte Millionen Dollar kosten. Letztes Jahr hat das Unternehmen eine Klage von Arbeitern in Tennessee durch einen Vergleich verhindert. Sie hatten klagen wollen, weil sie durch die Kontrollen praktisch keine Mittagspause mehr hatten. Bis zu 6000 \$ Entschädigung zahlte Amazon einzelnen Arbeitern. (dpa/dye)